15 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Nordeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Rollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 464. Dienstag, 23. September 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Das Chaos im Elsaß.

Eigene Drahtmeldung.

R. **Basel**, 23. September.

Auf dem in dieser Woche zu Ende gegangenen französischen Sozialistenkongreß wurden durch den elsässischen Delegierten Grumbach, wie der Basler „Vorwärts“ mitteilt, auch die schweren Mißgriffe der französischen Verwaltung und die noch viel bedenklicheren Uebergriffe der Militärbehörden im Elsaß gerügt.

In den Verwaltungen der Eisenbahn, der Post und des Telegraphenwesens herrsche ein Chaos, wie man es sich schlimmer nicht vorstellen könne. Der französische Kapitalismus feiere im Elsaß schon jetzt wahre Orgien und bereite sich vor, die sequestrierten deutschen Unternehmungen an sich zu reißen. Bereits seien die Liquidatoren damit beschäftigt, die ihrer Verwaltung unterstehenden Güter zu Spottpreisen zu veräußern. Wenn die französische Verwaltung in der bisherigen Weise in Elsaß-Lothringen fort fahre, so sei das Allerschlimmste zu befürchten, denn diese Art der Verwaltung sei gerade dazu angetan, die Sympathie der elsässischen Bevölkerung für die französische Republik zu untergraben.

Die Bewegung gegen die Einberufung der beiden bereits im deutschen Heeresdienst gewesenen Jahrgänge lassen 1898 und 1899 nimmt einen immer größeren Umfang an. Und in großeren Städten haben bereits überall Versammlungen stattgefunden, wenn solche nicht durch die Militärbehörden verboten wurden. Die Zensur hat in Mülhausen im sozialistischen Organ die Veröffentlichung der von den Jungsozialisten beantragten Resolution verboten. In Colmar und Gebweiler wurden die Versammlungen von vornherein durch die Militärbehörden untersagt. Die französische Eisenbahnverwaltung in Straßburg hat angeordnet, daß auf den Bahnsteigen und bei der Abfertigung der Personenzüge im Verkehr mit dem reisenden Publikum die französische Sprache anzuwenden ist.

Die Ziele der italienischen Sozialisten.

Eigene Drahtmeldung.

tc. **Lugano**, 22. September.

Der „Avanti“ veröffentlicht den von Treves verfaßten Bericht des sozialistischen Parteitages zum bevorstehenden sozialistischen Landesparteitag. Der Bericht empfiehlt der Partei, eine Sonderstellung außerhalb der anderen sozialistischen Parteien zu bewahren, d. h. also, sich der dritten Internationale fern zu halten wie der zweiten. Als unverpolitisches Ziel wird angegeben die Sozialisierung der Betriebsmittel und die Verwandlung der heute eine Dekadation der Unterdrückung darstellenden Regierung in eine Organisation der Enteignung der Unterdrückerklasse, wobei der Versailler Friede als Beweis für die Richtigkeit der sozialistischen Lehre von der Ausbeutung erklärt wird.

Auf dem in Rom vertagten Parteitag der Reformsozialisten erklärte Abgeordneter Canepa, er werde aus der Partei austreten, wenn der Kongreß den Handstreich d'Annunzios billige. Der Kongreß dürfe nicht mit einer zwar sympathischen, aber doch gefährlichen Unternehmung sich solidarisch erklären und müsse die Teilnahme regulärer Truppen an dem Zuge nach Fiume mißbilligen. Difsolati entwickelte sein altes Programm. Italien habe ein Recht auf die von Italienern bewohnten Teile der östlichen Adriatik, sei jedoch auf Grund des National-Interessenprinzips auch verpflichtet, die Rechte der Südslawen zu achten. Man müsse sich schleunigst auf eine Kompromißlösung einigen, die zwar die Ansprüche Italiens auf Fiume feierlich betont, eine Stellungnahme zu dem Unternehmen d'Annunzios hingegen vermeidet.

Hinausschiebung der Kammersitzung.

tc. **Lugano**, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Stefani-Bericht aus Rom wird durch Dekret vom 22. September die Einberufung der Kammer auf den 27. September verschoben.

Bern, 22. September. Admiral Cagni hat im letzten Augenblick, als schon ein Sonderzug zur Abreise bereit stand, die Uebernahme des Kommandos über die gegen Fiume operierenden Streitkräfte abgelehnt. Als Grund wird angegeben, daß es sich nicht um eine einfache militärische Mission, die er als Soldat hätte übernehmen können, gehandelt habe, sondern um eine politische Aktion, für die nach seiner Ueberzeugung jede Möglichkeit des Gelingens fehle. Die Blätter knüpfen an, daß Cagni auf seine Anfrage an die Regierung über das endgültige Schicksal Fiumes eine ausweichende Antwort erhalten habe, und daß diese Unsicherheit der Lage und vielleicht auch die stille Abneigung, gegen Volksgenossen Gewalt anwenden zu müssen, Cagni zu der Weigerung veranlaßt habe.

Eine Teilnahme der Norweger am Straßburger Kongreß ausgeschlossen.

Die norwegische Studentenvereinigung hat am 13. September die Einladung der französischen Studenten, einen Vertreter zu der vom 20.—25. November in Straßburg stattfindenden Versammlung alliierter und neutraler Studenten zu entsenden, abgelehnt. Von den Vorstandsmitgliedern hatten vier für Annahme der Einladung und drei für Ablehnung gestimmt. In der Versammlung aller Studenten kam es zu einer langwierigen und heftigen Debatte. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für die Ablehnung. Es wurde in der Debatte betont, daß die Studentenvereinigung die Entwicklung einer internationalen Studentenarbeit hindern würde, falls eine Annahme der Einladung erfolgen würde, denn erstens seien die deutschen Studenten nicht eingeladen worden und außerdem sei die Abhaltung des Straßburger Kongresses im Zusammenhang mit einer Siegesfeier anläßlich des Jahrestages des Einzuges der französischen Truppen in Straßburg geplant.

Die Gefangenenheimkehr aus Amerika.

Abfahrt am 25. September.

Die amerikanische Regierung hat die sofortige Heimschaffung aller in den Vereinigten Staaten befindlichen deutschen Kriegsgefangenen befohlen. Die Beförderung findet am 25. September auf dem amerikanischen Truppentransportdampfer „Pocahontas“ statt, der von New York nach Rotterdam fährt. Mit dem gleichen Dampfer werden etwa 72 deutsche Interniertе heimgeschafft sowie Frauen und Familien einzelner Kriegsgefangener und Internierter, ferner etwa 20 auf Ehrenwort aus der Internierung Entlassene und etwa 35 Deutsche, denen die Einwanderung versagt wurde.

Hollands Weigerung der Auslieferung des Kaisers.

Brüssel, 22. September. (Havas-Reuter.) „Libre belgique“ veröffentlicht eine Depesche aus dem Haag, in der gesagt wird, daß die Nachricht von dem demnächst im Haag zu erwartenden Ersuchen um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers keine Ueberraschung verursacht habe. Die holländische Regierung werde auf das Ersuchen des Obersten Rates mit einer höflichen, aber formellen Weigerung antworten. Man habe von sehr gut unterrichteter Seite versichert, daß die alliierten Mächte sogar auf eine Weigerung Hollands rechnen, um enhgültig eine Frage aus der Welt zu schaffen, deren Lösung mit Schwierigkeiten verbunden sein würde.

Südrussischer Warenverkehr mit England.

Amsterdam, 23. September. Aus London wird dem „Telegraaf“ berichtet, daß der Dampfer „Eden Hall“ mit einer vollen Ladung im Werte von 200 000 Pfund Sterling, die von dem Handelsministerium der Denikinschen Regierung verschifft wurde, in England eingetroffen ist. Es werden binnen kurzem weitere Schiffe aus Südrußland erwartet.

Die Konferenz der Finanzminister.

M. **München**, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Konferenz der Finanzminister der Länder Preußen, Baden, Württemberg, Sachsen und Bayern, die gestern in der Residenz zusammentrat, hatte einen streng vertraulichen Charakter. Die Beratungen sollen zwei Tage in Anspruch nehmen und haben, wie die „Münchner Augsburger Abendzeitung“ verlautet, keine Spitze gegen das Reichsfinanzministerium, sondern tragen lediglich den Charakter einer Aussprache über die Finanzlage der einzelnen Bundesstaaten. Der Besprechung wohnte auch der preußische Minister für öffentliche Arbeiten Oeser bei.

Radek noch in Berlin.

In einzelnen auswärtigen Organen hat die Nachricht gestanden, daß Radek in Kopenhagen eingetroffen ist, und diese Nachricht hat zum Teil auch in die deutsche Presse Eingang gefunden.

Wir haben kürzlich berichtet, daß das Auswärtige Amt sich mit einer Auslieferung Radeks an die Sowjetregierung unter gewissen Bedingungen einverstanden erklärt hat, aber noch mit der litauischen Regierung über die Formalitäten des Abtransports verhandelt. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, befindet sich Radek entgegen den obigen Zeitungsnachrichten auch noch in Berlin.

Unruhen in Albanien.

Drahtmeldung.

Versailles, 22. September.

Der Fünferrat beschloß, 50 000 Mann tschechoslowakische Truppen, die sich noch in Sibirien befinden, scheunigst in ihre Heimat zurückbefördern zu lassen. — Nach dem „Temps“ beschäftigte sich der Rat außerdem mit der Frage der provisorischen militärischen Besetzung von Westthrazien. Die eine Zone soll von griechischen, die andere von interalliierten Truppen besetzt werden. Erst nach Abschluß des Friedensvertrages mit der Türkei wird über das endgültige Statut für Thrazien entschieden werden.

Nach einer Mitteilung des südslawischen Pressebureaus hat sich die Lage in Albanien verschlechtert. Die Erhebungen hätten sich von Südalbanien auch auf Mittelalbanien ausgedehnt, und es sei wiederholt zu Zusammenstößen gekommen, bei denen die italienischen Truppen schlecht abgeschnitten hätten.

Reuter meldet aus Paris, daß der Oberste Rat dem Bericht der Sonderkommission für Teschen zugestimmt hat. In dem Bericht wird empfohlen, die Volksabstimmung in drei Monaten stattfinden zu lassen.

Ein Hilfsruf Armeniens.

Amsterdam, 22. September. „Nieuws van den Dag“ meldet aus London. Das armenische Parlament hat an fast alle ausländischen Parlamente berichtet, daß die armenische Republik gezwungen sei, alle Männer zu mobilisieren, um das Land vor den Türken, Kurden und Tataren zu retten. In dem Bericht wird gesagt, daß die Hilfe der Alliierten vollständig unzureichend sei, um Armenien vor einer Katastrophe zu bewahren, und es wird an das Rechtsbewußtsein aller Länder appelliert.

Griechenland wünscht Handelsbeziehungen.

Amsterdam, 23. September. Aus Athen wird berichtet, daß der Ministerrat beschlossen hat, eine Gesetzesvorlage zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Oesterreich der königlichen Sanktion zu unterbreiten. Vor dem Kriege gemachte Bestellungen, die nicht zur Ausführung gelangten, werden dadurch nicht berührt. Die Beschlagnahme des Besitzes feindlicher Untertanen bleibt aufrecht. Die Handelsbeziehungen, die Post- und Telegraphenverbindungen mit Deutschland und Oesterreich werden nach Veröffentlichung der Gesetzesvorlage sofort wieder in Wirksamkeit treten.

Die Unruhen in Birkenfeld.

Paris, 22. September. (Havas.) Frh. v. Lersner übergab Pichon eine Note, in der gegen die Haltung des Majors Bastiani protestiert wird, der anläßlich der Unruhen in Birkenfeld versucht hatte, in diesem Lande eine unabhängige rheinische Republik ausrufen zu lassen.

Eine Note des Sekretärs der Friedenskonferenz gibt bekannt, daß infolge des Umzuges der deutschen Delegation nach Paris in der Umgebung des Marsfeldes zwei Gebäude gemietet wurden, um die Mitglieder der Delegation unterzubringen. „Petit Journal“ glaubt, daß der Umzug am 1. Oktober stattfinden wird.

Der Stahlarbeiterstreik in Amerika.

Eigene Drahtmeldung.

R. **Basel**, 23. September.

Havas meldet aus New York: Der Landesstreik der Arbeiter der Stahlwerke begann in der Nacht vom Sonntag zum Montag. Die Arbeiter verließen zu Tausenden die Arbeitsstätte. Die Angaben über die Ausdehnung des Streiks lauten jedoch bisher widersprechend. Beispielsweise erklären in Pittsburg die Beamten der Gesellschaft, daß die meisten Betriebsanlagen mit verringertem Arbeitskräften arbeiten. Die Arbeiterführer dagegen erklären, daß der Streik in seiner ganzen Größe erst in drei Tagen zur Geltung kommen werde.

Pittsburg, 22. September. (Reuter.) Der Stahlarbeiterstreik ist im Distrikt Pittsburg gestern nachmittag mit Zusammenstößen zwischen der Staatspolizei und einer Menschenmenge, die eine Versammlung im Freien abhalten wollte, eingeleitet. Augenzeugen behaupten, daß in Clarton eine Versammlung, die einen geordneten Verlauf nahm, durch Polizisten angegriffen wurde, worauf die Menschenmenge sich zerstreute. Sie begann nun aber ihrerseits mit Wurfgeschossen gegen die Polizisten vorzugehen, die mit Knütteln erwiderten. Es wurde niemand ernstlich verletzt. Neunzehn Personen wurden verhaftet.

*

R. **Basel**, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Havas meldet aus Paris: In den Erzbecken des Moselgebietes ist ein Streik ausgebrochen. Es sind Einigungsverhandlungen im Gange.

Nach einem Havasbericht aus Toulon folgten die Bäckergehilfen dem Beispiel ihrer Berufsgenossen in Nizza und traten in den Streik ein.

—l. **Frankfurt a. M.**, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Der Arbeiterführer Gompers verspricht den streikenden Stahlarbeitern Unterstützung durch die anderen Gewerkschaften. Die völlige Lahmlegung der Eisenbranche wird indessen kaum möglich sein, da die Stahlarbeiter, mangelhaft organisiert sind. Andererseits erklären die Arbeiterführer, daß, wenn eine Viertelmillion streiken würde, insgesamt 600 000 Arbeiter feiern müßten.

Gegen die Abtrennung der Pfalz.

Bad Dürkheim, 23. September. Eine Versammlung von Angehörigen der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei, sowie der bayerischen und deutschen Volkspartei in Bad Dürkheim beschloß nachstehende Protestkundgebung gegen die Abtrennungsbestrebungen der deutschen Pfalz, die dem Reichspräsidenten übersandt wurde:

„Einmütig erneuern heute Hunderte in und außerhalb des Saales der Bürgergenossenschaft zu Bad Dürkheim versammelte Angehörige aller politischen Parteien das Gelöbnis zum Reiche und zu Bayern. Wie in den Tagen des Glücks, so halten sie auch in den Tagen der Not dem Vaterlande und der Heimat die Treue und legen Verwahrung ein gegen das Treiben weniger Gewissenloser oder Verblendeter, welche die Lande links des Rheines vom Reiche zu trennen suchen.“

—l. **Frankfurt a. M.**, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pfälzer Zentrumsführer Hoffmann, dem den den Pfälzer Sonderbündlern der Vorwurf der Doppelzüngigkeit gemacht wurde, nachdem er öffentlich gegen sie Stellung genommen hatte, macht in einem Pfälzer Zentrumsorgan eine beachtenswerte Mitteilung über einen Vorgang, der den Grund dieses Verwurfes bildet. Als im März dieses Jahres von Versailles aus ein Gerücht in die Pfalz drang, Deutschland sei von den Friedensverhandlungen ausgeschaltet und das Schicksal der Pfalz sei ungewiß, haben in Landau etwa 28 Führer der öffentlichen Meinung, darunter auch er, an die Friedenskonferenz in Versailles eine Entschließung gesandt, in der eine selbständige Pfalz gefordert wurde. Diese Entschließung ist von der Friedenskonferenz überhaupt keiner Antwort gewürdigt worden. Hoffmann zweifelt heute selbst daran, ob jener Schritt politisch klug gewesen sei, er sei aber aus ehrlichem deutschem Herzen gekommen.

Erhöhung der österreichischen Frachttarife.

Wien, 23. September. Den Blättern zufolge schweben zwischen den einzelnen Ministerien Verhandlungen über eine hundertprozentige Erhöhung der Frachttarife auf den deutsch-österreichischen Eisenbahnen. Der Termin der Einführung steht noch nicht fest. Eine Erhöhung der Personentarife ist nicht in Aussicht genommen.

Die ostpreußische Zukunft.

Oberpräsident August Winnig hatte die Liebenswürdigkeit, einem nach Ostpreußen entsandten Mitglied unserer Redaktion über verschiedene, die künftige Gestaltung Ostpreußens betreffende Fragen, Ostpreußens Verhältnis zum Deutschen Reich und über die Abstimmungsfrage Mitteilungen zu machen, die um so bemerkenswerter sind, als aus ihnen die unerschütterliche Reichstreue der Ostpreußen klar hervorgeht und der feste Wille, der Provinz, trotz aller feindlichen Gegenmaßnahmen, zum Wohlstand zu verhelfen. Oberpräsident Winnig äußerte sich folgendermaßen:

Im Westen wird die neue polnische Grenze den Freistaat Danzig vom Mutterlande abtrennen. Im Osten sind die Polen aufmarschiert und von Nordosten droht der Provinz die freilich weitaus größte Gefahr: der Bolschewismus. Er hatte Ostpreußen tüchtig verseucht. Erst nachdem im März durch kräftiges Eingreifen die Haupträdelsführer und Agitatoren abgeschoben worden waren, glätteten sich die Wogen der Erregung. Die kommunistisch-spartakistische Gefahr ist aber, und es trat im Innern verhältnismäßige Ruhe ein. Die Propaganda der Unabhängigen ließ zwar nicht nach, sie ist bis zur Stunde noch rege, doch dürfte heute die unabhängige Bewegung ihren Höhepunkt bereits überschritten haben. Die Ostpreußen haben eingesehen, wohin diese Hetze führt. Gewiß gärt es auch hier und da noch weiter. Fast täglich werde ich auf neue Brandherde aufmerksam, doch sind die Voraussagen von Putschen an Bedeutung entschieden übertrieben. Durch meine Fühlungnahme im ganzen Lande mit allen Kreisen der Bevölkerung und mit allen Parteien habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Stimmung im großen und ganzen eine recht gute und einige ist, einig für ein Verbleiben bei der deutschen Heimat.

Bedenklicher wie der innere Bolschewismus ist natürlich der äußere Bolschewismus. Durch das Verlangen des Sowjets, Kurland zu räumen, worden vielleicht die Roten Garden bis an Ostpreußens Grenze herankommen. Ich versichere Sie, daß ich mich voll auf den Standpunkt der Reichsregierung stelle, daß unsere Truppen das von ihnen besetzte Gebiet räumen müssen. Es mag die Aufgabe der russischen antibolschewistischen Streitkräfte sein, den Roten Garden in Kurland weiterhin Widerstand zu leisten. Kommt die Sowjetarmee aber bis an Ostpreußens Grenzen, so würde sie kaum sicherlich ein deutsches Freiwilligenkorps verfinden, das jedem Vormarsch und jeder Grenzverletzung energisch Halt gebieten würde. Denn der Geist der Truppen, die in Ostpreußen Wacht halten, ist gut, ist ausgezeichnet. Die Reichswehr in Ostpreußen ist unbedingt zuverlässig. Klagen über Verfehlungen, wie sie im Winter fielend der Bevölkerung über den ersten Grenzschutz geführt worden sind, kommen nur noch sehr selten vor und werden den den Militärbehörden sofort zum Gegenstand eingehendster Untersuchungen gemacht und die Schuldigen aus der Reichswehr ausgestoßen und bestraft.

Was nun die Taktik der Bolschewisten angeht, so gewisse ich nicht, daß sie versuchen werden, nach Ostpreußen vorzustoßen. Die Friedensangebote an die Randstaaten sind wohl nicht ganz ernst zu nehmen. Sie haben eine verzweifelte Aehnlichkeit mit dem Leninschen Atempause-Frieden, wie er nur immer als taktischer Zug benutzt wird, um augenblicklich Ruhe zu gewinnen und sie danach doch wieder als nichtig zu betrachten. Die Roten Armeen werden jetzt an der Kolltschakschen Front und vor allem im Anrücken gegen Denikin überall notwendig gebraucht. Durch den angenscheinlichen Friedenswillen im Westen ermöglicht es die Räteregierung, Truppen für den Süden und Osten frei zu bekommen. Daß in Rußland, gleich ob es eine Sowjetrepublik oder ein Kolltschakscher oder ein Denikinscher oder gar zaristisches Rußland ist, ohne weiteres auf die für sein Wirtschaftsleben notwendigen Randstaaten verzichtet, ist mehr wie unwahrscheinlich. Und ich hoffe es, wie gesagt, nicht für ausgeschlossen, daß Trotzki später, wenn sich im Süden und Osten die Lage wieder zu ihren Gunsten gekehrt haben wird, trotz der Friedensangebote an Litauen und Lettland, doch nach Ostpreußen vorzumarschieren versuchen werde.

Die polnische Gefahr — auch sie ist durchaus akut. Aus der Graiewer Gegend werden Truppenansammlungen polnischer Einheiten gemeldet. Sechs polnische Spione wurden dieser Tage in Königsberg dingfest gemacht. Das aber weiß jedes Kind: Sollten die Polen es wagen, nach Ostpreußen einzudringen, würden sie von der Reichswehr eine gehörige Abfuhr erhalten, denn wir sind auf alles vorbereitet!

Wie ich schon eingangs erwähnte, ist Ostpreußens Lage schwer, verzweifelt ist sie aber keineswegs. Und wenn ich das Amt des Oberpräsidenten übernahm, so tat ich es nur in der Zuversicht, Ostpreußen als deutsche Provinz noch zu einem neuen, gesunden und beständigen Wirtschaftsleben, zu einem Aufstieg und Wohlstand verhelfen zu können. Drum habe ich auch ein neues Wirtschaftsprogramm vorbereitet, das ich in einigen großen Zügen skizzieren möchte, wobei allerdings einige Voraussetzungen zu erfüllen sind. Eine weitgehende finanzielle Unterstützung durch das Reich ist die Grundbedingung. Die Reichsregierung hat mir ihr Wohlwollen dazu erklärt. Bedingung ist ferner eine schleunige Erledigung der Kohlenfrage. Denn Ostpreußen befindet sich als äußerste Reichsprovinz in einer beträngten